

Schweriner Volkszeitung

SVZ.de

Quelle: <http://www.svz.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/artikeldetail/article/111/bundeswehr-vertrag-gestoppt.html#CommentStart>

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Bundeswehr-Vertrag gestoppt

02. Juni 2010 | von eska

SCHWERIN - Zwanzig Minuten dauerte gestern die Debatte im Kabinett um die Kooperationsvereinbarung von Bildungsminister Henry Tesch (CDU) mit der Bundeswehr - und sie wurde grundsätzlich geführt. Die Frage war: Sollen Soldaten Schulvorträge zum Afghanistan-Einsatz halten, wie Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gefordert hatte. "Es kann nicht sein, dass Soldaten in die Schulen geschickt werden, um einseitig für den Kriegseinsatz zu werben", konterte Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) und hatte dabei die SPD-Minister hinter sich. Ohnehin hat sich die SPD im Land für einen schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ausgesprochen.

Sellerling forderte gestern von CDU-Minister Tesch, in der Kooperationsvereinbarung zu verankern, dass genau der Guttenberg-Fall ausgeschlossen werde. Eine genaue Formulierung muss gefunden werden. Die Vereinbarung wurde gestoppt, die Tesch am Donnerstag gemeinsam mit Konteradmiral Jens-Volker Kronisch, Befehlshaber des Wehrbereichskommandos I Küste, unterzeichnen wollte. Der Minister gegenüber unserer Zeitung: "Die gute Nachricht ist, das Kabinett ist sich einig, es soll eine Kooperationsvereinbarung geben."

Die Frage ist jetzt nur, wann sie kommt. Wenn der Bildungsminister zu einer Präzisierung kommt, dann muss diese mit Konteradmiral Kronisch abgestimmt werden. Tesch: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass in die Vereinbarung geschrieben wird, künftig nicht mehr kontrovers über Afghanistan zu diskutieren, nur um Einseitigkeit zu vermeiden." Dennoch zeigt sich Tesch optimistisch, in den nächsten zwei Wochen einen neuen Vertrag vorlegen zu können, der den Einsatz von Jugendoffizieren zum Zwecke der politischen Bildung an Schulen regelt. Seit 20 Jahren kooperierten die Schulen mit der Bundeswehr und anderen Partnern im Bereich politische Bildung.

Leserkommentare (von mir aus der SVZ am 03.06.2010 übernommen)

D. KLUETE 02.06.2010 08:03
Jugendoffiziere

..... soll hier die GST wiederbelebt werden?

NIX NUTZ 02.06.2010 08:49

..... soll hier die GST wiederbelebt werden?

Denke eher die HJ und anschliessend wird die BW in Wehrmacht umbenannt. Eroberungskriege zur Erweiterung des Lebensraumes werden ja jetzt schon unternommen!

ALEXANDER TETZLAF 02.06.2010 12:53

Aber lieber für die Wirtschaft und den Profit der Deutschen Bank im Iran sterben,

als arbeitslos in Anklam, Stuttgart oder Essen von der Presse und dem Mob beschimpft.

Oder nicht?

Die USA erleichtert immerhin das Einbürgerungsverfahren für Latinos, die sich sogleich bereit erklären, als GI im IRAK zu sterben.

So läuft er halt, der Hase.

Und die theoretische Möglichkeit, irgendwo in der Wüste, von jemandem der sein Land verteidigt, getötet zu werden, gegen die greifbare Möglichkeit sofort einen neuen Golf zu leasen, ist doch irgendwie vertretbar. Oder nicht?

Das ist geschickteste Wirtschaftsförderung in mehrfacher Hinsicht.

TORSTEN HEMMERLING 02.06.2010 20:56

Warum nicht aufklaeren???

Die Bevoelkerung ueber die tatsaechlichen Zustaende in Afganistan halte ich fuer richtig, die Gruenen sind dagegen, warum wohl?

Vielleicht wird bekannt wie sich die ach so armen unverständenen Moslems gegeneüber den wirklich hilfsbereiten Nationen benehmen und sie ausnutzen. Vielleicht wird auch bekannt wie die deutsche Bundesregierung unsere Soldaten im Einsatz im Stich laesst. Vielleicht wird dann auch endlich in der Bevoelkerung klar das man bestimmte Relegionen nicht integrieren kann. Das Einbuengerungsverfahren zu erleichtern ist hier ja nicht moeglich, Moslems schiessen ja nicht auf Moslems.

Aufklaeren ist notwendig !